



Lokalmedien im Bereich Lippstadt

Ratsfraktion
Fraktionsvorsitzender:
Hans-Dieter Marche
Torfkuhler Weg 11
59555 Lippstadt
Tel. 02941- 64 595
D " - 388061
Fax 02941- 923 793
dieter.marche@t-online.de
www.bg-lippstadt.de
12.02.2016

Klausurberatung der BG zum Lippstädter Haushalt 2016:

Das Tafelsilber darf nicht für das Tagesgeschäft verpfändet werden! Voraussichtliche Ablehnung des Haushaltsentwurfes 2016!

Seit Monaten ringt die Lippstädter Politikszene mit dem Problem des drohenden Haushaltsdefizites. Bei der Entwurfsvorstellung des Haushaltes im November des vergangenen Jahres ergab die düstere Rechnung einen Fehlbetrag von 12 Mio. Euro! Und nicht berücksichtigt sind dabei mögliche Risiken aus den „Derivat-Geschäften“ ggf. in Millionenhöhe über dem Haushaltsansatz.

Mitvorgestellt wurde sofort der verlockende Deckungsvorschlag: Einnahmeverbesserung durch Grund- und Gewerbesteuererhöhung und ein Griff mit der Baggerschaufel in die städtischen „Allgemeinen Rücklagen“.

Zur Erklärung: Die berühmte Ausgleichsrücklage, der Sparstrumpf für magere Zeiten, ist längst erschöpft! Die als Rettung angebotenen „Allgemeinen Rücklagen“ sind keine gefüllten Sparkonten. Es ist das Eigenkapital in Form von Schulen, Straßen, Sportplätzen und anderen städtischen Besitzhaltungen.

Man beleih einfach unseren Marktplatz? Und wie lange? Wenn wir so weitermachen, verbrauchen wir unser Eigentum in absehbarer Zeit bis zur Besitzlosigkeit. Der Gesetzgeber hat dieses gefährliche Treiben (welches leider viele Kommunen als „Rettung“ betreiben) bereits vor Jahren erkannt und eine Sperre eingebaut. „Verausgaben“ („verfrühstückten“) wir in zwei Folgejahren jeweils mehr als 5 % unseres Besitzes, so rutscht Lippstadt automatisch in den Zwangshaushalt! So wie unsere hoch verschuldete Nachbarstadt Soest. Das bedeutet: Wir müssen dann alle freiwilligen Ausgaben drastisch kürzen oder ganz auf Null setzen. Als Beispiel: die Zuschüsse und Unterhaltungen für Sportstätten und -vereine, die gesamte Kulturlandschaft wie Stadttheater, Musikschule, die Musikinstrumentenausbildung „Jeki“ in den Grundschulen, Kunst-, Musik und Kulturvereine, Reduzierung von „dekorativen“ Unterhaltungsmaßnahmen im Stadtbild (wie tief darf ein Schlagloch sein...?), usw. Es bestände fortan die finanzielle Zwangsverwaltung damit wir wieder in die Finanzspur kommen.

Geplant ist in diesem Jahr eine Überschreitung der 5%-Hürde und im kommenden Jahr (schon jetzt bekannt) ganz knapp darunter. Unverständlich für die BG ist das in dieser Situation noch geplante 33 Mio.-Stadthaus am Güterbahnhof. Und nun werden seit einigen Tagen Beruhigungsspillen verteilt: 4 Mio. aus dem Stadtwerkeprozess und von einigen Politikern die Aussage, dass die Gewerbesteuerquelle im Laufe des Jahres sicherlich stärker sprudeln wird. Es würde schon klappen!

Nach Meinung der BG kann dies nur ein fahrlässiger Blick in die Glaskugel sein! Zu dieser Bewertung kommt die BG insbesondere nach ihrer in der vergangenen Woche in Bad Waldliesborn durchgeführten Haushaltsklausur. Daran nahm traditionell auch Karin

Rodeheger teil, die sehr fachkundige Kämmerin und 2. Beigeordnete der Stadt und trug die aktuellen Veränderungen zum Haushaltsplan vor. Zum heutigen Zeitpunkt sind nach übereinstimmender Meinung jedoch weder die Konjunktur, der landesweite Steuerausgleich oder die möglichen Gewerbesteuerrückforderungen aus Vorjahreszahlungen vorher zu sagen!

Damit das Abrutschen in den Zwangshaushalt vermieden wird, muss deutlich auf der Ausgabenseite gespart werden. Der Ansatz der CDU, eine Art Haushaltssperre mit dem Ziel, 5% einzusparen, ist schon ein positiver Vorschlag. Um aber den kräftigen Griff in das Eigenkapital zu verhindern, sind in Wirklichkeit aber 10% bei den tatsächlich beeinflussbaren Kosten nötig!

Unumgänglich ist sicherlich die moderate Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer. Dies aber in zweijährigen Stufen und nur bis maximal zur Höhe des Landesdurchschnitts. Schon aus Gründen der landesweiten Schlüsselzuweisungen ist das erforderlich. Uns Bürger über lange Jahre von nötigen Steuererhöhungen in kleinen Schritten zu verschonen, war ein beliebtes Wahlgeschenk. Nun rächt es sich aber bitter. Die BG zieht die Richtschnur zur Obergrenze der durchschnittlichen Mehrbelastung bei der Grundsteuer „B“ bei ca. 5,- EUR/Monat.

Damit haben wir Bürger sicherlich unseren einseitigen Beitrag für einen tragfähigen städtischen Haushalt geleistet. Es muss dann aber auch auf der anderen Seite ein echter Sparwille bei der Verwaltung umgesetzt werden. Also auch alle freiwilligen und internen Maßnahmen müssen auf den Prüfstand!

Da der 600-seitige Haushaltsplan in Verbindung mit dem nicht minder seitenstarken Ergebnisplan derartig intransparent ist, ist ein systematisches und „allgemeingerechtes“ Einsparen für die Kommunalpolitiker gar nicht möglich! Die seit dem vergangenen Jahr neu eingesetzte Haushaltssoftware INFOMA tut ein Weiteres dazu. Das Zahlenwerk endet mit dem jeweiligen „Produkt“ schon auf der Fachbereichsebene. Konkretere tiefere Einzeldaten müssen per Telefon (!) oder Email von der Politik bei der Stadtverwaltung einzeln erfragt werden.

Für die BG lautet somit der klare Auftrag an die Stadtverwaltung, einen transparenten Ausgabenreduzierungs-Plan vorzulegen. Zwischenzeitlich gilt die Haushaltssperre. Hier sind insbesondere der Bürgermeister und die Fachbereichsleiter gefordert, entsprechende Vorschläge zu bringen und ihrer Verantwortung für einen sorgfältigen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nachzukommen und nicht für großzügige „Verteilung“ die Bürger zur Kasse zu bitten.

Damit die Sparmaßnahmen kurzfristig wirksam werden, wird die BG voraussichtlich den diesjährigen Haushalt in der Sitzung am 15. Februar ablehnen. Die BG erhofft sich, hierfür eine Mehrheit in den politischen Gremien zu finden, um somit den Weg für einen „verträglichen“ Haushalt zu ebnen.

Klare Ausrichtung der BG:

- den Stellenplan auf Stand 2015 einfrieren
- Einstellungen nur - im wirklich notwendigen Fall - im Feuerwehr- und Rettungsdienst und bei der Neuschaffung von Kita-Stellen und der Flüchtlingsbewältigung
- Strikte Prüfung der Notwendigkeit aller externen Dienstleistungen, wenn diese Fähigkeiten auch im eigenen Haus withheld werden.

Die BG wird nicht dem von einigen anderen Parteien geforderten Weg der drastischen Gewerbesteuererhöhung folgen. Dies zieht nur das Signal zum Arbeitsplatzabbau nach sich. Des Weiteren lehnt die BG ein Auenzentrum genauso ab wie eine Stadttheaterrenovierung im Millionenbereich.

Selbstredend verbieten sich Investitionen mit dekorativem Charakter, die einen anschließend erhöhten Pflegeaufwand nach sich ziehen.

Wenn die Politik von sparen redet, so muß sie dies auch selbstverständlich selber vorleben! Die BG-Fraktion hat im abgelaufenen Jahr von den ihr zugewiesenen Aufwandsentschädigungen 15 % eingespart. Der entsprechende Betrag ist bereits an die Stadtkasse zurücküberwiesen!

Hans-Dieter Marche
(Fraktionsvorsitzender)